

## Meinungsaustausch „Grundgesetz und streitbare Demokratie“

– Thesenpapier –

### These 1: Bedeutung einer „inneren Streitbarkeit“ der Demokratie

1. Der Begriff „streitbare Demokratie“ steht ideengeschichtlich und in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts als Chiffre für das verfassungsrechtliche Instrumentarium zum Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO) und der verlässlichen Funktionsfähigkeit des Staatswesens. Durch die Möglichkeit der Verwirkung und Einschränkung von Grundrechten, durch Vereinigungs- und Parteiverbote, durch Widerstandsrecht und Ewigkeitsklausel, macht sich die demokratische Ordnung widerstandsfähig gegen jene, die sich anschicken, sie zu beseitigen.
2. Die Mechanismen sind erprobt und haben sich im Wesentlichen bewährt. Die Bedeutung der rechtstaatlichen Verteidigungsmittel der Demokratie wird ungebrochen bleiben und sich fortentwickeln, weil die Globalisierung zu einer Erweiterung relevanter Bedrohungsszenarien führt: Die Sicherheitslage der FDGO wird heute von entfernten Kriegen, Terrorismus und globalen Flüchtlingsströmen beeinflusst, von globalen Finanzkrisen, einem wachsenden und zunehmend sichtbaren Wohlstandsgefälle und Migrationsbewegungen, von konfligierenden geopolitischen Interessen wichtiger Regionalmächte.
3. Neben „äußeren“ Herausforderungen tritt seit einigen Jahren erneut eine „innere“ Demokratieschwäche zutage: Die Akzeptanz politischer Entscheidungen, der Entscheidungsträger und der Ordnung, mit deren Hilfe wir zu Entscheidungen finden, sinkt; im Parteiensystem sind tektonische Plattenverschiebungen zu beobachten, die in immer kürzeren Rhythmen zu vielfältigen politischen Beben führen; ein Anti-Eliten-Affekt diskreditiert informierte Entscheidungen und unterspült Sachdebatten populistisch; handfester Nationalismus verhindert transnationale Lösungsansätze. Damit stellt sich zunehmend die Frage nach der inneren Kraft der Demokratie als Grundvoraussetzung ihrer Streitbarkeit.
4. Kritisch ist vor allem das Zusammentreffen von äußerer Krise und innerer Schwäche. Einige jüngere äußere Krisen haben eine innere Verunsicherung ausgelöst, die wiederum von Populisten gleichsam von außen gegen die Demokratie gewendet wird. Vor diesem Hintergrund scheint es wichtig, die „innere“ Streitbarkeit der Demokratie stärker in den Blick zu nehmen, zumal Demokratie als Herrschaftsform zunehmend grundsätzlichen Anfragen ausgesetzt ist.

### These 2: Die innere Demokratieschwäche hat ernste, sachlich begründete Ursachen

5. Das überkommene Leitbild von Demokratie lässt sich auf die Formel bringen, dass Demokratie ein Verfahren zur Bündelung und Durchsetzung von Interessen durch Wettbewerb ist. Dieses Leitbild hat Konsequenzen auf institutioneller Ebene, welche die Akzeptanz politischer Entscheidungen weithin reduzieren.
6. Wesentliche Konsequenzen des Demokratiebildes zeigen sich im Parteiensystem. Einerseits sind Parteien für das Funktionieren des politischen Systems unverzichtbar: Sie reduzieren Informationskosten der Wähler, bündeln deren Interessen und bilden Plattformen. Sie sozialisieren die Bürger politisch und mobilisieren. Sie wählen das politische Personal aus, professionalisieren es; sie ermöglichen politische Karrieren und überwachen dabei und dadurch das Personal. Andererseits stellen sie aber auch eine Gefahr für gute Entscheidungen dar: Sie nutzen im Diskurs aus, dass Bürger tendenziell schlecht informiert sind. Sie arrangieren Tauschgeschäfte zu Lasten von Nichtwählern (etwa künftigen Generationen, Wählern in anderen Wahlkreisen oder sozialen Gruppen, die nicht zur Wahl gehen bzw. nicht zur Wahl gehen können: sozioökonomisch Benachteiligte, Ausländer usw.). Tauschgeschäfte führen zu Entscheidungen, die zwar eine parlamentarische Mehrheit finden, aber weder von einer Mehrheit der Abgeordneten noch gar der Bevölkerung getragen werden (man denke an die Pkw-Maut oder das Betreuungsgeld). Ferner nähern sich die Parteiprogramme einander wegen der Ausrichtung am durchschnittlichen Wähler an; sie polarisieren aber gleichzeitig, um unterscheidbar zu bleiben. Etablierte Parteien bilden Kartelle gegen neue politische Kräfte. Die Wirkung der Parteien ist also paradox: Parteien sind per se weder gute noch schädliche Organisationen; Politiker sind weder ausgesucht tugendhafte noch besonders characterschwache Menschen. Wie ihre Wähler folgen sie einem Strauß von Idealen und Interessen.

7. Der Fokus auf Interessen führt dazu, dass eigennützige Motive den politischen Prozess dominieren. Befunde der Verhaltenswissenschaften belegen, dass sich Menschen in Situationen, die sie als wettbewerblich wahrnehmen, eigennütziger verhalten. Die scheinbar harmlose Beschreibung politischer Vorgänge verändert daher die Erwartungen der Akteure und wird zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung: Wenn wir den politischen Prozess als Interessendurchsetzung beschreiben, dann wird der politische Prozess zu einem Instrument der Interessendurchsetzung. Die rationale Bemühung, die eigene Stimmenzahl bei der nächsten Wahl zu maximieren, dominiert die innerparteiliche Debatte und verdrängt schon wegen der unterschiedlichen zeitlichen Perspektive die Diskussion darüber, was für das Gemeinwohl langfristig richtig ist.
8. Weil Bürgern zur Beteiligung am Interessenwettbewerb nur die Wahl zur Verfügung steht, können sie ihre Interessen nur hier durchsetzen. Hauptkriterium bei der Wahl wird daher nicht die Eignung der Kandidaten für das Amt, sondern deren inhaltliche Nähe zu den Interessen des Wählers. Während das Grundgesetz Wahlen für die Auswahl des Personals und Abstimmungen für die Entscheidung von Sachfragen vorsieht, erzeugen Parteien durch die Verbindung von Person und Programm de facto „Wahlabstimmungen“. Dadurch werden Interessen, Personen und Entscheidungen unauflöslich verquickt, der gesamte politische Prozess wird auf die Durchsetzung von Interessen ausgerichtet. In diesem institutionellen Geflecht geht Bürgerinnen und Bürgern oft das Gefühl der Selbstwirksamkeit ab, sie fühlen sich zunehmend nicht ernst genommen und bevormundet.
9. Während hier der Fokus im Sinne einer Gewährleistung der „Streitbarkeit“ auf politischen Institutionen liegt, hat die Demokratieschwäche weitere nicht zu unterschätzende Ursachen, etwa den Umbruch in den Medien und in der Mediennutzung. Ihren Wirkungen kann hier nicht eingehender nachgegangen werden.

#### These 3: Rahmenbedingungen für die Festigung einer auch innerlich streitbaren Demokratie

10. Die Defizite der überkommenen demokratischen Ordnung lassen sich zum Teil auf das Leitbild einer Interessenaggregation im Wettbewerb zurückführen, daher bedarf es zur inneren Stärkung der demokratischen Ordnung einer Adjustierung des Leitbildes: Dieses muss von Bürgerinteressen ausgehen, die jedoch in einen – an der FDGO orientierten – wertenden Ausgleich gebracht werden müssen.
11. Die Rückbesinnung auf ein Demokratiebild, das mehr ist als nur Interessenwettbewerb, kann nicht anhand eines „großen Plans“ gelingen und nicht direkt auf der Bühne des Nationalstaats vollzogen werden – dafür ist unsere politische Ordnung einerseits zu erfolgreich und andererseits zu fragil. Vielmehr wäre lokal mit neuen Regeln und Verfahren zu experimentieren. So könnte ein alternatives Leitbild „evolutiv entdeckt“ werden, es könnten demokratisch neubelebte Institutionen und eine sie tragende „Kultur“ entstehen.
12. Ansatzpunkt für erste Schritte mit aus einem neu austarierten Leitbild abgeleiteten demokratischen Verfahren sollte die lokale Ebene sein: Durch den Mega-Trend der Urbanisierung steigt schon jetzt die Bedeutung der Städte und der Bürgermeister dramatisch; begünstigt wird dies dadurch, dass das Vertrauen in die kommunale Politik zwar schwindet, aber noch immer vergleichsweise am höchsten ist.

#### These 4: Entwicklungsperspektiven zur Festigung einer auch innerlich streitbaren Demokratie

13. Politische Entscheidungen auf örtlicher Ebene sollten aufgewertet werden, und mit ihnen lokale Institutionen und Akteure. Eine konsequente Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips würde Bürgern neue Selbstwirksamkeitserfahrungen verschaffen und die Skepsis gegenüber „denen da oben“ wirksam konterkarieren.
14. Eine weitere Möglichkeit ist die Ergänzung der Mechanismen repräsentativer Demokratie um Zufalls- sowie um deliberativ-demokratische Elemente, die in der Geschichte der Demokratie traditionell eine große Rolle gespielt haben und auch in Deutschland schon erfolgreich eingesetzt wurden (etwa Planungszellen).
15. Schließlich könnten die „Wahlabstimmungen“ entflochten, die Verquickung von Interessen und Entscheidungen gelockert werden. Institutionell sind hier verschiedenste Ansätze denkbar: So wäre beispielsweise schon viel gewonnen, wenn bei Wahlen die Parteizugehörigkeit nicht genannt würde. Regelungen in Kirchen, Unternehmen und Universitäten bieten zahlreiche weitere Beispiele für eine Fokussierung auf die Person bei der Wahl.